

Beginn: 8:01 Uhr

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich zu unserer heutigen, 36. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Besuchertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **neun Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen, haben wir in der Nacht von Sonntag auf Montag hier im Landtag einen Brand gehabt. Das führt bis auf Weiteres zu erheblichen Beeinträchtigungen. Ich danke Ihnen für die konstruktive Bereitschaft, den Plenarbetrieb anzupassen, bitte Sie aber auch weiterhin um Ihr Verständnis. Unser Team arbeitet mit Hochdruck an der Schadensbeseitigung. Dies wird allerdings noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Danke für Ihr Verständnis.

Ich rufe auf:

1 Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zur Klimaneutralität

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen

Gesetz
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4567

erste Lesung

Der Minister und Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 7. Juni 2023 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zu dem genannten Thema zu unterrichten.

Die Unterrichtung durch die Landesregierung erfolgt durch Frau Ministerin Neubaur. Ich erteile der Ministerin daher das Wort.

Mona Neubaur¹⁾, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel passiert.

(Zuruf von der FDP)

– Ich freue mich wahnsinnig, Sie auch mal um 8 Uhr morgens hier im Plenarsaal zu sehen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der Grund dafür ist allerdings, dass uns mit dem vom Präsidenten gerade erwähnten Brand der Klimaanlage heute, morgen und übermorgen sehr deutlich vor Augen geführt werden wird, dass wir uns auf die Folgen der Klimakrise einstellen müssen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir müssen die technologischen Möglichkeiten nutzen, die bei unserer Industrie und in der Innovationskraft Nordrhein-Westfalens liegen, um erstens einen Klimaschutz zu erreichen, der es für die Menschen weiterhin erträglich macht. Zweitens müssen wir daraus ein erfolgreiches Geschäftsmodell für die vielen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen entwickeln.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Der Klimawandel passiert; er findet statt. Als ich vor knapp einem Jahr erstmals als Ministerin in meinem Büro stand und auf den Rhein blickte, sah ich, dass dieser stolze Strom eher einem Rinnsal ähnelte. Damit verbunden sind neben den ökologischen Schwierigkeiten der Dürre und des Verlustes an Wasser auch die wirtschaftlichen Folgen für die Landwirtschaft, aber auch für die Industrie.

Wirtschaft und Landwirtschaft sind auf eine intakte Natur angewiesen. Deswegen haben wir als Landesregierung von Anfang an im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen festgehalten: Das wird kein Thema, das eine Partei allein lösen soll. Es wird unser gemeinsames Projekt über alle Ressorts hinweg.

Deswegen arbeiten wir, jede und jeder einzelne meiner Kolleginnen und Kollegen, schon ein ganzes Jahr daran, Klimaschutz nicht nur in Reden zu halten, sondern ganz konkret auch in Maßnahmen zu gieÙen. Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung, dafür spreche ich Ihnen einen herzlichen Dank der gesamten Landesregierung aus.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Heute bringen wir das erste Klimaschutzpaket in diesen Landtag ein. Es umfasst 68 Maßnahmen aus mehreren Ressorts der Landesregierung. Diese 68 Maßnahmen setzen Impulse in den entscheidenden Handlungsfeldern. Sie treiben die Energiewende sowie die Unabhängigkeit und Abkehr von fossilen Energien voran.

Unser erstes Klimaschutzpaket sendet die klare Botschaft, dass wir fest entschlossen sind, beim Klimaschutz ernst zu machen, an die Unternehmen, an die Kommunen und natürlich an die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Dieses Klimaschutzpaket ist ein Angebot und eine Einladung, beim Klimaschutz mitzumachen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

In dem Klimaschutzpaket wird deutlich, was wir meinen, wenn wir von einer Veränderungspartnerschaft sprechen. Wir unterstützen mit unseren Maßnahmen diejenigen, die die Veränderungen mutig annehmen und sie gestalten – egal, ob beim Ausbau der Erneuerbaren, bei der klimaneutralen Produktion oder bei der klimaneutralen Wärmeversorgung der eigenen vier Wände.

Ich möchte Ihnen in der gebotenen Kürze der Zeit noch einen Einblick in die Handlungsfelder des Klimaschutzpaketes geben und mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien beginnen. Die Transformation braucht grünen Strom. Der Ausbau von Wind, Photovoltaik und anderen Formen erneuerbarer Energien wird daher mit zahlreichen Maßnahmen vorangetrieben. Wir wollen auch, dass die Menschen daran teilnehmen.

Zum Ausbau der Windenergie haben wir letzte Woche den Landesentwicklungsplan im Entwurf vorgelegt. Unsere Ambition wird damit in Zahlen, Ziele und Grundsätze gegossen. Wir wollen Anfang 2025 und damit sieben Jahre früher als bundesgesetzlich gefordert in Nordrhein-Westfalen die 1,8 % der Fläche ausgewiesen haben, damit wir hier Windenergieanlagen aufstellen. Denn Windenergieanlagen sind kein Selbstzweck. Wir wollen, dass die Investitionen dazu hierhin kommen, sich neue Unternehmen bei uns ansiedeln und im Land eine Wertschöpfung durch den Ausbau von Windenergieanlagen entsteht.

Das ist die richtige Reaktion in einer Wirtschaftslage, in der wir immer noch konjunkturelle Schwächen haben. Deswegen sind wir ambitioniert.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der wesentliche andere Baustein in dieser Ambition beim Ausbau der Erneuerbaren ist aber die Akzeptanz für diese Veränderung, die durch die Anlagen, aber auch durch die Infrastruktur in unserer Landschaft sichtbar werden wird.

Wir haben in der Koalition vor einem Jahr verabredet, die 1.000-Meter-Abstandsregel als ein Steuerungselement im Übergang zu bewahren. Ich bin den regierungstragenden Fraktionen dankbar dafür, dass sie auch in der Bewertung des LEPs zu dem Schluss kommen, dass wir eine andere Lösung gefunden haben und sie deswegen dann nicht mehr brauchen, weil wir im LEP-Entwurf über einen Erlass dafür sorgen, dass Kommunen in der Lage sind, die Investorinnen und Investoren, die Windenergieanlagen errichten wollen, direkt auf die vor Ort akzeptierten und umsetzungswillig bereit zu machenden Flächen zu lenken. Dafür herzlichen Dank und ein großes Kompliment!

Diese Sache passiert nicht, weil eine Landesregierung etwas am Schreibtisch entwickelt, sondern sie passiert, weil von Kommunen über Regionen bis ins Land alle an einem Strang ziehen, der in eine Richtung geht – ja, in einzelnen Schritten; aber das ist unser Angebot. Wir verbinden Ambition mit Akzeptanz, weil wir wollen, dass wir es zum Gelingen bringen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ein großer Teil der CO₂-Emissionen entsteht bei der Bereitstellung von Wärme, gerade in Nordrhein-Westfalen, wo wir fast 60 % der Wärmeerzeugung in Wohngebäuden durch Gas produzieren und insbesondere im ländlichen Raum wahnsinnig viel durch Ölheizungen. Das ist ein schlafender Riese. Deswegen ist es gut, dass wir Angebote machen und meine Kollegin aus dem Kommunal- und Bauministerium es ermöglicht, dass Bürgerinnen und Bürger mitmachen können, Gebäude zu sanieren, und auch die Kommunen mitmachen können, Gebäude zu sanieren und auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung umzustellen.

Oma Erna geht es genauso wie uns. Vielleicht sitzt sie gerade in einer nicht isolierten, nicht gut gedämmten Wohnung. Vielleicht geht sie in diesem möglicherweise Hitzesommer dann zur Kühlung in einen Park oder in einen Wald. Weil Oma Erna uns am Herzen liegt, ermöglichen wir, dass es darstellbar ist, dass mit der Unterstützung des Landes die Gebäude saniert werden können. Wir haben kluge Bausteine, mit denen wir die Wärmeversorgung Schritt für Schritt zur erneuerbaren Wärmeversorgung führen – mit den Menschen zusammen, angebotsorientiert und nicht von oben verordnet.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es gibt in diesen Zeiten trotz einer schwierigen Lage auch gute Nachrichten. Das ist die Beschäftigungslage in Nordrhein-Westfalen.

Dann denken wir an diejenigen, die vielleicht gerade im Schulunterricht sitzen und sich überlegen: Was könnte ich eigentlich werden? – Ihnen machen wir ein Angebot darüber, dass wir in diesem Klimaschutzpaket auch Maßnahmen vereinbart haben, die extra den kleinen und mittelständischen Unternehmen, den Beschäftigten im Handwerk, aber auch den großen Unternehmen Unterstützung dabei bieten, den Weg vom Alten ins Neue gehen zu können. Damit machen wir auch ein Angebot an all die jungen Menschen, die gerade vor der Entscheidung stehen: Was könnte eigentlich eine sinnvolle Beschäftigung für mein Leben sein?

Eine solche sinnvolle Beschäftigung ermöglicht diese Landesregierung, die fest davon überzeugt ist und entsprechende Maßnahmen anlegt, dass die Wirtschaft den Weg zur klimaneutralen Produktion schaffen kann. Das ist ein Ort, an dem man eine Ausbildung macht, an dem man studiert, an den man

zurückkehrt, wenn man für Klimaneutralität arbeiten will.

Deswegen bringen wir in alle für unsere Wertschöpfung so wichtigen einzelnen Glieder der Wertschöpfungsketten eine entsprechende Förderung, und zwar an den Stellen, wo Förderung guttut, wo Exzellenz und Forschung unterstützt werden müssen, wo der Hochlauf der guten Ideen, die in der Wirtschaft vorhanden sind, unterstützt werden muss.

Das tun wir nicht, damit diese Landesregierung gut dasteht und weil jeder von uns in allen Reden mit Überzeugung sagt, dass die klimaneutrale Industrieregion unser Ziel ist, sondern aus folgendem Grund: Wir stehen in der Verantwortung, zu beweisen, dass daraus erfolgreiche Geschäftsmodelle und Wohlstand für die Menschen in Nordrhein-Westfalen entstehen – aber nicht mehr auf Basis von fossiler Energie, sondern mit den innovativsten Technologien, den meisten Patenten und, wenn es nach uns geht, den meisten erfolgreichen Geschäftsmodellen, die zeigen: Mit Klimaneutralität und diesen Geschäftsmodellen kann man schwarze Zahlen schreiben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wie sind wir heute alle von A nach B gekommen? Vielleicht viele mit der Bahn, teilweise mit argen Verspätungen, weil zwischen Duisburg und Essen ein Stellwerk brennt, manche mit dem Auto, ein paar mit dem Fahrrad und einige zu Fuß. Mobilität braucht auch die Wende hin zum Klimaschutz.

Auch da bieten wir mit den Maßnahmen aus dem Klimaschutzpaket genau die richtigen Antworten. Unsere Verantwortung als Landesregierung ist es, die Infrastruktur dafür zu bauen, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen die Möglichkeiten haben, die Antriebstechnologie hin zu einer klimaneutralen zu wechseln oder stärker auf den Umweltverbund, stärker auf öffentlichen Nahverkehr zugreifen zu können.

Mobilität ist auch eine Frage der Teilhabe. Diese Teilhabe für diejenigen zu ermöglichen, die heute sagen: „Es gibt für mich gar keine Alternative zu dem, wie es jetzt ist“, ist auch unsere Aufgabe.

Das gehen wir Schritt für Schritt an. Denn wir sind überzeugt: Wenn wir gute Alternativen bieten, dann passiert der Umstieg von alleine – komfortabel, bezahlbar, sicher und sauber.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Last, but not least – wir haben es in den Medien verfolgt –: Wir haben wieder Waldbrände in Deutschland. Ja, die Wälder sind zu trocken. Ja, diese Trockenheit in den Wäldern macht unsere Wälder noch anfälliger für beispielsweise den Borkenkäfer. Ja, damit geht auch ein Wirtschaftsmodell für zum Beispiel unsere Forstwirtschaft in eine wirkliche Schräglage.

Darum ist es wichtig, dass wir im Klimaschutzpaket den Wald explizit erwähnen, dass wir konkrete Maßnahmen dafür anbieten und dass wir auch die Waldbäuerinnen und Waldbauern in Nordrhein-Westfalen beim Umbau des Waldes, der mit den Folgen der Klimakrise klarkommen muss, unterstützen.

Wald hat neben der Tatsache, dass man damit auch wirtschaften kann, die wichtige Funktion natürlichen Klimaschutzes; denn er bindet CO₂. Auch deshalb ist der Wald bei uns im ersten Klimaschutzpaket ein wichtiger Aspekt. Wald ist Leben. Wald ist Artenvielfalt. Klimaschutz braucht Naturschutz, und Naturschutz braucht Klimaschutz. Das leitet uns auch im ersten Klimaschutzpaket.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie werden das Klimaschutzpaket für den heutigen Tag mindestens quergelesen haben.

Wir sind entschlossen, dieses Klimaschutzpaket – es ist das erste; das deutet darauf hin, dass weitere folgen werden – weiter mit Leben zu füllen, weil wir Klimaschutz als einen dynamischen Prozess verstehen, der immer wieder auf die Realität reagieren muss. Deswegen werden wir als diejenigen, die beim Klimaschutzgesetz in Verantwortung stehen, auch überprüfen, ob die Ziele und Maßnahmen noch für das ausreichen, was die Realität uns gebietet, damit diejenigen, die noch gar nicht geboren sind, auch in Freiheit ihr Wirtschaften und ihr Leben gestalten können.

Klimaschutz umzusetzen, muss eine Aufgabe für alle Demokratinnen und Demokraten in unserem Land sein. Ich lade Sie herzlich ein, dabei mitzuwirken, dass wir das den Menschen in Nordrhein-Westfalen klarmachen. Klimaschutz und ambitionierter Umsetzungsprozess im Klimaschutz sind keine Gefahr, sondern das ist eine Chance. Es ist eine Chance für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Und es ist die logische Konsequenz, wenn wir die Soziale Marktwirtschaft als sozial-ökologische Marktwirtschaft begreifen. Denn sie definiert sich darüber, dass es einen Rahmen gibt, in dem der Ideenreichtum der Unternehmen Platz finden soll. Genau dieses Vorgehen muss immer wieder in die gesellschaftliche Umwelt eingeordnet werden. Die gesellschaftliche Umwelt, die gesellschaftliche Realität und die Realität der Klimaprognosen gebieten es, das auch in unseren Maßnahmen zu hinterlegen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin Neubaur. – Damit eröffne ich die Aussprache. Für die SPD hat als Erster ihr Fraktionsvorsitzender Herr Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das ist meine erste

Entgegnung auf eine Unterrichtung der Landesregierung. Ich freue mich auf unseren Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte für Nordrhein-Westfalen – hart in der Sache und im Stil so fair, dass wir uns hinterher noch auf ein Kölsch, Alt oder Pils treffen können. So sollten wir es halten.

Bei allem Streit und bei allen programmatischen Unterschieden werden wir auch immer wieder zusammenarbeiten. Das sei zugesagt. Denn im Zweifel müssen Demokratinnen und Demokraten zusammenhalten, gerade in Zeiten schwerer Krisen, erst recht, wenn es gilt, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen. Auf die SPD ist in diesem Kampf Verlass, und das seit 160 Jahren.

(Beifall von der SPD)

Die wichtigste Aufgabe einer Opposition bleibt aber die Kontrolle – und die Kritik – der Regierung. Es wäre für den demokratischen Wettbewerb in unserem Land allerdings auch ein Gewinn, wenn sich der Ministerpräsident der Kritik mal stellen würde. Ja, es wäre auch ein Fortschritt, wenn er sich überhaupt einer kontroversen Debatte stellen würde.

Bei allem Respekt, Frau Ministerin Neubaur: Bei einer Unterrichtung mit dem weihevollen Titel „Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zur Klimaneutralität“ muss man doch annehmen, dass sie Chefsache ist.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Nein!)

Ein Angebot zum Mitmachen ohne breite Debatte morgens um 8 Uhr mit einer siebenminütigen Einleitung zu unterbreiten, ist doch sehr wenig, muss ich ehrlich sagen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Es geht schließlich um die Energieversorgung im bevölkerungsreichsten Bundesland, um Millionen Jobs, um Industrie, um Mittelstand und nicht zuletzt um die Lebensqualität von 19 Millionen Menschen in unserem Land. Doch nichts davon ist dem Ministerpräsidenten anscheinend wichtig genug, um dieses Thema auch zu seinem Herzensanliegen zu machen.

Das ist das Grundproblem dieser Regierung insgesamt: Nichts ist Chefsache – nicht die Wohnungspolitik, obwohl sie im Kern Ländersache ist und die Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen immer schlimmer wird; nicht die Bildungspolitik, obwohl die Kita-Träger Brandbriefe schreiben, der Unterrichtsausfall dramatisch ist und jede zweite Familie darüber klagt, dass ihre Kinder nicht ausreichend Schreiben, Lesen und Rechnen können.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das ist die Realität in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2023. Und dazu hat der Ministerpräsident nichts zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Aber diese Anteilslosigkeit gibt es eben auch in der Energie- und Industriepolitik. Hendrik Wüst hat eine neue Doktrin in die Landespolitik eingeführt: Je größer das Problem, desto stiller die Regierung, aber desto kitschiger die Regierungs-PR im Netz.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es ist doch so: Die Industrie ist in der Rezession, in den Schulen brennt das Dach, aber Hendrik Wüst teilt politische Katzenbildchen auf Instagram. – Das ist ein Regierungsstil, der früher oder später scheitern wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Früher oder später wollen die Menschen in diesem Land Ergebnisse sehen. Da haben Sie bis heute nichts vorzuweisen.

Der einzige Weg in die Klimaneutralität führt über mutige Industriepolitik und über einen starken Sozialstaat. Aber die Landesregierung will diesen Weg nicht gehen.

Worüber haben Sie uns denn heute unterrichtet, Frau Ministerin? Was bleibt übrig, wenn wir die vielen Floskelwolken und die ganze rhetorische Zuckerwatte aus Ihrer Rede beiseiteräumen? Ein bisschen Landesplanung, ein bisschen Ordnungsrecht, mit viel Pathos zusammengewürfelt. Das ist nicht genug.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Sie wollen die starre 1.000-Meter-Abstandsregel beim Ausbau der Windkraft abschaffen. Das ist eine richtige Entscheidung, um das auch einmal zu sagen. Wir unterstützen das. Die SPD forderte die Abschaffung schon lange. Wir hatten dazu übrigens einen Gesetzentwurf vorgelegt, der von CDU und Grünen in namentlicher Abstimmung vor wenigen Wochen hier abgelehnt wurde.

Fast ein Jahr lang haben uns CDU und Grüne erzählt, warum die Abschaffung der 1.000-Meter-Regel entweder nicht möglich oder nicht notwendig sei. Jeder wusste, dass das Unsinn ist. Die Koalition hat deshalb kostbare Zeit verschwendet.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Nordrhein-Westfalen könnte beim Ausbau erneuerbarer Energie schon viel weiter sein, wenn CDU und Grüne den Vorschlägen der SPD gefolgt wären. Das müssen Sie heute eingestehen. Die SPD macht Druck, und CDU und Grüne müssen einlenken – das ist die neue Realität in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

Und noch etwas müssen CDU und Grüne begreifen: NRW braucht eine aktive Industriepolitik, und zwar nicht nur für die Großindustrie, sondern auch für den

industriellen Mittelstand, für das produzierende Gewerbe.

Wir wollen Wertschöpfung erhalten. Wir wollen Arbeitsplätze erhalten. Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen – gute Arbeitsplätze, sichere Arbeitsplätze.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen Klimaschutz, der Sicherheit schafft. Nordrhein-Westfalen braucht dazu eine industriepolitische Strategie –

(Zuruf von der CDU)

eine Strategie, die Schwarz-Grün bisher nicht hat.

Sie werden heute zum Stahl-Tag nach Duisburg fahren. Ich kann Sie nur dringend auffordern, mit ganzer Kraft dafür zu sorgen – insbesondere in Brüssel, aber auch beim Wirtschaftsminister in Berlin –, dass dabei am Ende mehr herauskommt als Kredite.

Das ist die Aufgabe des heutigen Tages und der nächsten Wochen: Wir müssen thyssenkrupp sichern.

(Beifall von der SPD)

Und das ist nicht das einzige Stahlunternehmen in NRW. Die Stahlindustrie ist auch nicht die einzige Grundstoffindustrie. Wir sind ein wichtiger Standort für Beton und Chemie. Wir sind der Standort für 800 mittelständische Hidden Champions.

Für viele dieser Unternehmen gibt es keinen Weg der kleinen Schritte in die Klimaneutralität. Emissionsreduktionen sind nur durch den kompletten Ersatz von alten Produktionsprozessen durch neue Produktionsprozesse möglich. Das schaffen viele mittelständische Unternehmen nicht aus eigener Kraft. Dazu fehlt ihnen die Zeit, und dazu fehlt ihnen das Eigenkapital.

Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen einen Transformationsfonds, wie ihn die SPD schon mehrfach vorgeschlagen hat.

(Beifall von der SPD)

Anke Rehlinger im Saarland macht vor, wie das gehen kann. Es gibt auch Beispiele aus der Geschichte dieses Landes. Ministerpräsident Heinz Kühn hat 1968 das Entwicklungsprogramm Ruhr und später das Nordrhein-Westfalen-Programm aufgelegt. Damals wurden Milliarden bewegt – für neue Industrien, für neue Technologien und für mehr Lebensqualität. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war Transformationspolitik.

(Beifall von der SPD)

Die Industrie ist vor 180 Jahren in das Ruhrgebiet gekommen, weil es hier Zechen, Kohle und Energie gab. Wenn im Nordrhein-Westfalen des 21. Jahrhunderts keine Elektrolysewerke und keine Verteilernetze für Wasserstoff gebaut werden, dann wird die

Industrie dorthin abwandern, wo es diese gibt: in den Norden, ins Ausland, wohin auch immer.

(Sven Wolf [SPD]: Genau!)

Die Gefahr der Deindustrialisierung ist real.

(Beifall von der SPD)

Trotzdem hat diese Landesregierung die Förderung von HydroNet – ein zentrales Projekt für die Wasserstoffinfrastruktur im Sauerland und in Südwestfalen – gestoppt. Das war eine Entscheidung gegen Zukunftsinvestitionen, gegen Arbeitsplätze und gegen Klimaschutz. Und das war nicht das einzige Wasserstoffprojekt, dem Schwarz-Grün die Unterstützung verweigert; die Niederrheiner wissen, wovon ich spreche. So gelingt ökologische Transformation nicht.

(Beifall von der SPD)

Nordrhein-Westfalen ist auch deshalb noch nicht auf dem Weg in die Klimaneutralität, weil die schwarz-grüne Koalition noch immer nicht begreift, dass Klimaschutz ein Gerechtigkeitsprojekt ist. Sind Sie bereit, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien Sicherheit im Wandel zu geben, oder sind Sie es nicht?

Die Energieinflation des letzten Jahres war die erste fossile Wirtschaftskrise unseres Jahrhunderts. Mehr noch: Sie war eine soziale Krise.

Sie war auch eine Bewährungsprobe für diese Koalition. Und die haben Sie nicht bestanden.

Monatelang haben CDU und Grüne alles niedergestimmt, was Familien in diesem Land geholfen hätte: kostenloses Mittagessen für Kinder – abgelehnt; gebührenfreie Betreuung – abgelehnt; Lernmittelfreiheit – abgelehnt. Morgen wird es um das kostenlose ÖPNV-Ticket für Kinder gehen. Ich bin sicher: Schwarz-Grün wird auch das wieder ablehnen.

(Beifall von der SPD)

Anstatt Familien mit Landesmitteln zu helfen, hat der Ministerpräsident dazu aufgerufen, Plätzchen für Alleinerziehende zu backen. Plätzchen gegen soziale Not – das ist das Niveau, auf dem im Land von Karl Arnold und Johannes Rau heute Sozialpolitik gemacht wird.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Bitte? Sprich dich ruhig aus.

(Zuruf von der FDP: Er hat sich versprochen!)

CDU und Grüne reden gerne von sozialem Ausgleich. Aber sie haben überhaupt keine Vorstellung davon, was das konkret bedeutet. Das haben wir gerade noch einmal gehört. Ich habe den Eindruck: Wie

es Oma Erna wirklich geht, ist Ihnen überhaupt nicht bewusst, Frau Ministerin.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Sie beschließen eine Photovoltaikpflicht, aber Sie lehnen es ab, Mieterinnen und Mieter bei der Anschaffung von Balkonkraftwerken und Steckersolargeräten zu unterstützen.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Sie begreifen einfach nicht, dass die Investitionssumme von 500 bis 800 Euro für viele Menschen in unserem Land nicht zu stemmen ist.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Der Senat in Berlin weiß das. Dort werden Balkonkraftwerke bald gefördert. In Nordrhein-Westfalen versteht die zuständige Ministerin, wie wir eben gehört haben, das Problem nicht.

In Nordrhein-Westfalen wollen CDU und Grüne eine besondere Form von Energiefonds ermöglichen, die Bürgerwindparks bei der Akquise von Risikokapital unterstützen sollen. Das wird wiederum ein Förderprojekt für ein wohlsituiertes Publikum, das keinerlei materielle Sorgen hat, aber genug auf dem Konto, um in Windenergie zu investieren.

Für diese Einkommensgruppen macht Schwarz-Grün Klimapolitik. Aber Menschen mit normalem Einkommen haben davon gar nichts.

(Beifall von der SPD)

Dabei gibt es bessere Wege. Alle Menschen im Umkreis von Windkraftanlagen sollten profitieren, zum Beispiel durch günstigen Strom und durch eine obligatorische Gewinnbeteiligung ihrer Kommunen. Das wäre ökologischer Fortschritt für die vielen – nicht nur Profit für die wenigen.

(Beifall von der SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass wir keine Angst vor einer entschlossenen Klimaschutzpolitik haben müssen. Wärmepumpen, Fernwärme, Geothermie sind genau die technologischen Innovationen, die auch CDU und übrigens FDP immer fordern, wenn es um Klimaschutz geht.

Wer jetzt einen Kulturkampf gegen innovative Technologien führen will, der schadet unserer Wirtschaft und der schadet unserem Land.

Vor allem: Wer jetzt einen Kulturkampf gegen moderne Technologien führen will, der wird diesen Kampf verlieren. Es gibt in Deutschland eine große Mehrheit für ökologischen Fortschritt. Aber, es ist vollkommen klar: Es gibt auch eine Ökologie der Arbeiterklasse, eine Ökologie der arbeitenden Menschen mit ganz normalen Einkommen. Das ist eine

Ökologie, für die CDU und Grüne überhaupt kein Gespür haben.

(Beifall von der SPD)

Denn es ist eine Ökologie der Gerechtigkeit, eine Ökologie der Verhältnismäßigkeit, eine Ökologie der Wirksamkeit. Die Menschen in unserem Land wollen das Klima schützen. Sie wollen, dass ihre Kinder und Enkelkinder in einer intakten Umwelt leben können. Aber sie wollen den ökologischen Wandel nicht mit ihrem bescheidenen Lebensstandard bezahlen müssen; sie wollen nicht die Hauptlast der Transformation tragen. Warum denn auch?

Das obere Drittel der Gesellschaft emittiert zehnmal so viel CO₂ wie das untere. Damit wäre auch gesagt, wer die finanzielle Hauptlast der Energiewende tragen muss. Erst wenn wir begreifen, dass es eine gerechte Klimapolitik geben muss, und erst wenn wir danach handeln, dann sind wir auf dem Weg in eine wirkliche Klimaneutralität in Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ott. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Herr Dr. Heinisch.

Dr. Jan Heinisch¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und vor allem: Sehr geehrter Herr Kollege Ott! Der Klimaschutz und die Landesplanung sind selbstverständlich in der Landesregierung Chefsache. Daran haben wir gar keinen Zweifel. Sie sind aber eben – das finden wir in der Zukunftscoalition sehr gut – genauso Chefsache.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Von daher ist klar, dass – egal, wer hier die Rede hält – wir natürlich mit der gleichen Energie an dieser Stelle voranschreiten.

Ich darf Ihnen ein Kompliment zu Ihrer Rede aussprechen: Wer es schafft, in einer Rede zum Landesentwicklungsplan Instagram-Katzenbildchen, Unterrichtsversorgung und Schulmittagessen unterzubringen, der hat wirklich ein Kompliment verdient. So viel Abschweifung ist nun wahrlich eine Kunst.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Kirsten Stich [SPD]: Das können Sie nicht! Das ist der Unterschied!)

Kommen wir zurück zum Thema, nämlich zu der Frage, was Deutschland in diesen Tagen bewegt. Es gibt sehr viele Themen, über die wir hier streiten, auch im Rahmen dieser Plenartage, bei denen Meinungen voneinander abweichen. Aber es gibt auch Themen in Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei denen ein breiter Konsens herrscht.

Eine Frage, bei der ein Konsens herrscht, ist die Frage, dass erneuerbare Energien ausgebaut werden sollen und dass das vielen Menschen bisher viel zu lange dauert.

In dieser Woche wird einmal mehr deutlich: Unser Zukunftscoalition aus CDU und Grünen liefert, und sie macht, was sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen wünschen.

(Lachen von Andreas Keith [AfD])

Erstens. Wir beschleunigen den Ausbau der erneuerbaren Energien in unserem Land.

Zweitens. Wir vereinfachen die Genehmigungsverfahren.

Drittens. Wir bauen bürokratische Hürden ab.

Viertens. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land mit einem Bürgerenergiegesetz verbindlich an den Erlösen aus der Windkraft beteiligen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dabei wissen wir alle hier in diesem Saal, dass der Bau von Windenergieanlagen nicht überall auf die gleiche Zustimmung stößt. Denn auch wenn allgemein ein Konsens darüber besteht, dass davon mehr gebaut werden sollen, so bröckelt die Zustimmung doch dann häufig bei denjenigen, die in der unmittelbaren Nähe der Anlagen wohnen.

Es ist so, wie es häufig ist: Aus der Ferne diskutiert sich so ein Thema sehr leicht. Aber wer den Ausbau wirklich will, der muss einen Schritt näher herantreten und sich auch um die Details kümmern, eben einen Schritt auf die Menschen zuzugehen, anstatt einen Ausbau mit der Brechstange zu betreiben.

Genauso, meine sehr geehrten Damen und Herren, handelt unsere Zukunftscoalition. Uns einen dabei in diesem Sinne und im Sinne unseres Landes zwei Grundsätze: auf der einen Seite die Ambition und auf der anderen Seite die Akzeptanz.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir sind ambitioniert, weil wir uns für Nordrhein-Westfalen mindestens 1.000 neue Windräder vorgenommen haben. Wir wissen aber auch, dass das ohne Akzeptanz der Menschen nicht funktionieren wird, weil Unzufriedenheiten, Widerstände, Klageverfahren den Ausbau der erneuerbaren Energien in einer Weise verzögern, was wir uns alle miteinander nicht erlauben können.

Wer am Ende wirklich bauen will, der braucht ein abgestimmtes und kluges Vorgehen. So legen wir als Zukunftscoalition in diesen Tagen erneut ein ganzes Paket mit Maßnahmen vor: einen neuen Landesentwicklungsplan, eine Änderung des Ausführungsgesetzes zum Baugesetzbuch und – an anderer Stelle – auch noch eine Veränderung der Landesbauordnung und im Laufe dieses Jahres auch noch das Bürger-

energiegesetz, das ein finanzielles Mitverdienen der lokalen Gemeinschaft festschreibt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Alles in diesem Paket ist aufeinander abgestimmt. Alles denkt die Ziele zusammen und bildet eine Ausbauoffensive, die wir hier schon im vergangenen Dezember mit einem Windenergiepaket und danach auch noch mit einem LEP-Paket an den Start gebracht haben.

Es war ja zu erwarten, dass Herr Ott an dieser Stelle ans Mikrofon tritt und noch einmal auf den Versuch seiner Fraktion hinweist, den pauschalen 1.000-Meter-Abstand abzuschaffen. Womit haben wir diesen Antrag abgelehnt? Mit Recht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Denn es gibt einen großen Unterschied zwischen diesem kleinen Versuch und unserem großen Paket. Wir als Zukunftscoalition wollen ambitioniert erneuerbare Energien ausbauen. Wir steigen mit unserem Paket um vom Tretroller auf das Rennrad. Dabei gibt es einen maßgeblichen Unterschied zur SPD: Wir halten auf dem Rennrad nämlich den Lenker fest, damit wir am Ende dort ankommen, wo wir hinwollen, und vor allem dabei nicht im Straßengraben landen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Gordan Dudas [SPD]: Aber vor die Wand!)

Auch wenn wir ambitioniert sind und schnell vorankommen möchten, werden wir den Windenergieausbau sehr wohl steuern und dorthin lenken, wo er erstens Sinn macht und zweitens auch funktioniert. Es gilt nämlich nicht Vorfahrt für eine Wildweststimmung und für Investoren, sondern für Akzeptanz und für die Verträglichkeit mit Umwelt und Natur und letztlich Vorfahrt für große Windenergiegebiete vor Einzelanlagen, denn für Letztere ist uns unsere Umwelt viel zu schade. Die große Fläche ist effizienter, und daneben sollte, wer Strom produziert, ihn sinnvollerweise auch irgendwohin einspeisen können. Da ist es besser, man baut eine Leitung zu der großen Fläche.

So steuern wir nun zum Beispiel mit diesem LEP auch die Windenergie im Wald. Der Wald ist künftig auf Nadelwaldflächen geöffnet – wohl gemerkt nicht nur auf sogenannten Kalamitätsflächen, wo die Fichte abgestorben ist, sondern auch auf Nadelwaldflächen insgesamt, aber eben nicht auf Misch- und Laubwaldflächen. Genau an diesem Beispiel möchte ich noch einmal deutlich machen, wie wir den Lenker festhalten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Gordan Dudas [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Erstens. Wir beschränken uns, wie gesagt, nicht auf die Kalamitätsflächen, denn Landesplanung macht

unter der Zukunftscoalition nicht der Borkenkäfer, sondern wir alle gemeinsam betreiben sie mit einem Landesentwicklungsplan. Das ergibt ja auch Sinn, wenn Sie sich die betroffenen Waldgebiete angucken. Dort reihen sich Kalamitätsflächen an intakte Forstflächen. Wirkliche Windenergie muss man in einem größeren Zusammenhang und etwas weitreichender denken als nur als ein Stückwerk aus Kalamitätsparzellen.

Zweitens. Wir unterscheiden im Sinne der Natur sehr wohl, um welche Art von Wald es sich handelt, und das ergibt eben großen Sinn. So führen wir mit dem Landesentwicklungsplan ein Ziel ein, das daneben auch den ungesteuerten Ausbau in Wildwestmanier verhindert, und zwar so lange, bis in den Regionalplänen landesweit 1,8 % der Fläche für Windenergie ausgewiesen sind.

Ja, es wird so sein, dass einzelne Anlagen in der Übergangszeit an diesem Ziel scheitern werden. Dennoch gibt es keinen Grund zur Beschwerde. Denn wir machen in dieser Übergangszeit allen, die investieren wollen, ein klares, sofortiges und schnelles Angebot auf einer Fläche von 9.000 ha, auf der sie in Nordrhein-Westfalen aktiv werden können. Wir lassen uns nicht von wirtschaftlichen Interessen treiben, sondern lenken die wirtschaftlichen Interessen auf die Flächen, bei denen die Akzeptanz gesichert ist. Das ist unser NRW-Modell der sogenannten No-Regret-Flächen.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Oh!)

Das ist unsere Überholspur für den Windenergieausbau.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vor allem aber lassen wir durch diese neue Regelung nicht zu, dass ein lokal aufflammender Streit um eine einzelne Anlage, die mit der Brechstange durchgesetzt werden soll, in der Masse aber nichts nach vorne bringt, unsere gesamte Regionalplanung und die Ausweisung der großen Gebiete vor Ort diskreditiert. Wir handeln nicht gegen die Menschen und Umweltbelange, sondern mit ihnen.

Der Ausbau der Windenergie ist ein wirtschaftliches Geschäft. Wir brauchen Investoren – gerne die lokale Gemeinschaft vor Ort –, die Geld in die Hand nehmen und einen Windpark aufbauen. Es ist nichts Anrüchiges, sondern eine wichtige Triebfeder, dass man damit am Ende Geld verdient.

Wer aber investiert – das verlieren wir in Deutschland aktuell leider zu sehr aus dem Blick –, der investiert immer in eine Erwartung hinein. Das soll heißen: Nichts braucht eine Investition mehr als verlässliche Rahmenbedingungen. Man muss wissen, wie, wo und in welcher Geschwindigkeit man eine rechtssichere, bestandskräftige Genehmigung bekommt.

Hier haben wir uns als Zukunftscoalition noch einmal besondere Ambitionen gesteckt. Sie alle wissen, dass der Bund seine Flächenziele bis zum Jahr 2032 ausgewiesen und realisiert wissen möchte. Unsere Zukunftscoalition wird das deutlich übererfüllen. Darauf hat Frau Ministerin Neubaur vorhin schon hingewiesen. Wir wollen, dass die Regionalpläne mit unseren Windenergiegebieten schon im Jahre 2025 stehen. Dafür gibt es zwei gute Gründe.

Das erste Thema ist natürlich das Tempo beim Klimaschutz. Zweitens bieten wir damit Investoren Klarheit und Rechtssicherheit, und das vor allem schnell und umfassend; denn während andere Bundesländer noch viele Jahre weiterplanen und über die Windenergie diskutieren werden, können in Nordrhein-Westfalen längst die Spatenstiche erfolgen. Wir sind nämlich – ganz im Sinne der Verfahrensbeschleunigung – sicher, dass die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren nicht proportional zur Ergebnisqualität ist. Man kann auch schnell zu guten Ergebnissen kommen – das aber mit dem Lenker in der Hand und in die Richtung, in die alle wollen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Heinisch. – Für die FDP spricht ihr Fraktionsvorsitzender Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Üblicherweise würde man mit einem Dank für die Unterrichtung durch die Landesregierung starten. Aber, Frau Ministerin Neubaur, wir sind heute alle früher aufgestanden, um von Ihnen heute Morgen eigentlich nichts Neues zu erfahren.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Das Sammelsurium der Dinge, die Sie ohnehin vorhaben, vorzustellen, ist keine Unterrichtung. Eine Unterrichtung hätten wir uns an anderen Stellen gewünscht, zum Beispiel beim RWE-Deal.

(Kirsten Stich [SPD]: Ja!)

Den haben Sie vor dem Parlament quasi verheimlicht und am Parlament vorbei gemacht. Bis heute haben Sie bei dieser so wesentlichen Entscheidung keine Transparenz walten lassen. Da bleiben Sie im Hinterzimmer, und zu dem, was Sie ohnehin machen und der Zeitungsleser ohnehin weiß, muss es hier eine große Unterrichtung geben. Das war schon ein komischer Einstieg in diesen Plenartag.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich komme gleich noch einmal auf die Unterrichtung zurück. Ich würde gerne mit der Frage des Windkraftausbaus starten. Ich freue mich gleich besonders auf

die Rede des Kollegen Schrumpf, denn den werde ich in dieser Frage gleich noch zitieren.

(Heiterkeit von der SPD)

Die 1.000-Meter-Abstandsregelung gilt seit dem 01.07.2021. Seitdem war NRW stets auf den Spitzenplätzen bei den Windkraftgenehmigungen der Bundesländer, direkt hinter Niedersachsen und Brandenburg, beides bekanntlich Länder mit im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen weniger Menschen und mehr Fläche, also deutlich dünner besiedelt.

Der Abstand hat den Ausbau nicht behindert. Diese These ist widerlegt. Auch das LANUV hat das selber geprüft und hat gesagt: Die Ausbauziele, die 1,8 % der Fläche, sind auch mit dem 1.000-Meter-Abstand erreichbar. Dafür aber schaffte dieser Mindestabstand Akzeptanz und Rechtssicherheit.

Da frage ich mich, fragen wir Freien Demokraten uns: Was ist denn eigentlich das Ziel dieses Gesetzentwurfes, wenn die Ausbauziele auch mit diesem Abstand erreichbar sind? Wollen Sie die Ausbauziele deutlich übertreffen, wollen Sie die eigene Parteibasis, die eigene Fraktion beruhigen, oder wollen Sie einfach von den Dingen ablenken, um die es eigentlich geht?

Kollege Heinisch hat vorhin die Planungsverfahren bei der Windenergie angesprochen. Der Bundesverband WindEnergie sagt: 23 Monate braucht es für ein Genehmigungsverfahren. Alles Zeit vor dem Bau bis überhaupt die erste Kilowattstunde Strom dann auch wirklich fließt.

Ich sage: Nicht der gesetzliche Mindestabstand von 1.000 m ist das Problem, sondern Planung und Genehmigung sind das Problem, wenn es Jahre dauert, bis der Strom überhaupt fließt.

(Beifall von der FDP)

Darum die klare Haltung der Freien Demokraten: Wir wollen am gesetzlichen Mindestabstand festhalten, landesweit verlässlich und klar. Wir wollen bei den Planungsverfahren den Turbo einlegen.

Wenn Sie nun sagen: „Die FDP ist ja in der Opposition, denen glauben wir nicht“, dann komme ich zum Kollegen Schrumpf; vielleicht glauben Sie ja dem. Lieber Fabian Schrumpf, der 28. April 2021 ist so lange gar nicht her. Ich zitiere: „Der vorliegende Gesetzentwurf wird zweifelsfrei dabei helfen, die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger in NRW zu erhöhen.“

Am 1. Juli wurde vom Kollegen Schrumpf nachgelegt: „Es geht um einen Regelschutz für die betroffene Bevölkerung.“

Der Umkehrschluss ist dann relativ einfach, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU: Schutz für die und Akzeptanz bei der Bevölkerung werden mit der

Einbringung dieses Gesetzentwurfes am heutigen Tag reduziert.

(Beifall von der FDP)

Im Wahlkampf hat die CDU noch für die Mindestabstände geworben, übrigens auch der Ministerpräsident. Vier Tage vor der Wahl sagte Hendrik Wüst: „Abstandsregeln schaffen Rechtssicherheit und Verlässlichkeit.“ Sie seien richtig, sie seien notwendig.

(Beifall von der FDP)

Bislang habe ich noch gar nicht zitiert, was die vielen Kolleginnen und Kollegen der CDU dazu immer in den Wahlkreisen gesagt haben. Das Fazit ist also: Auf das Wort der CDU und auf das Wort des Ministerpräsidenten von vor der Wahl ist kein Verlass. – Das liegt uns heute schwarz auf weiß vor.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerin Neubaur, Sie haben zum Thema „NRW auf dem Weg zur Klimaneutralität“ unterrichtet. Es war Ihr großes Thema im Wahlkampf. Sie sind mit großen Erwartungen und durchaus auch mit Vorschusslorbeeren in das Amt gestartet. Das darf ich vielleicht sagen: Sie persönlich machen das sehr sympathisch, aber die politische Bilanz finde ich eher dürftig.

Die wirtschaftliche Lage ist natürlich sehr herausfordernd. Sie haben das Amt in nicht einfachen Zeiten übernommen. Laut OECD wächst die Wirtschaft weltweit, aber nicht in Deutschland. In NRW liegt das Wachstum sogar unter dem Bundesdurchschnitt.

(Heiterkeit von Wibke Brems [GRÜNE] und Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Wir sind aber doch das Industrieland Nummer eins.

Von der Wirtschaftsministerin, die noch im Wahlkampf plakatiert hat: „Reden ist Silber, Handeln ist Grün“, haben wir seit ihrem Amtsantritt im vergangenen Jahr nichts gehört. Es herrschte Funkstille in der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen. Es gab keine Initiativen, wenig ist hängen geblieben.

(Beifall von der FDP – Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Schlagen Sie mal die Zeitung auf! Vielleicht haben Sie Zugangsprobleme!)

Eine der Quittungen haben Sie ja beim neuen Revierverstrag bekommen. Die IHK Köln hat gesagt: Das können wir so nicht mitunterschreiben, weil die Energieversorgung nicht gesichert ist, weil gar nicht gesichert ist, wie wir es inhaltlich umsetzen, weil wir Sorge um Arbeitsplätze haben.

(Zuruf von Romina Plonsker [CDU])

Eine so herbe Klatsche hat selten ein Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen bekommen. Das müsste ein Warnruf sein. Ich glaube, in Wahrheit

wissen Sie um diese dürftige Bilanz der ersten zwölf Monate.

(Zuruf von Michael Röls-Leitmann [GRÜNE])

Darum war diese Unterrichtung weniger dazu gedacht, tatsächlich das Parlament zu informieren, sondern sie war in Wahrheit dazu gedacht, kurz vor der Sommerpause noch mal ein Lebenszeichen zu setzen: Moment mal, die Grünen sind ja auch in der Landesregierung. – Dafür ist das Parlament und dafür sind Unterrichtungen aber nicht da.

(Beifall von der FDP, Elisabeth Müller-Witt [SPD] und Lena Teschlade [SPD])

Die Freien Demokraten stehen zum Pariser Klimaschutzabkommen.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Das ist mir neu!)

– Das ist überhaupt nicht neu, Herr Kollege Achtermeyer,

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: In der Umsetzung schon dort! – Zuruf von Martin Metz [GRÜNE])

sondern das Gegenteil ist der Fall: Wir unterstützen dieses Ziel. Wir wollen klimaneutrales Industrieland werden. Dafür braucht es Veränderungen, und dafür braucht es Anstrengungen.

(Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Marcel Hafke [FDP])

Ich habe nur eine Sorge – und das ist der Unterschied –: Wenn wir den Weg fortsetzen, den CDU und Grüne einschlagen, dann werden wir zwar klimaneutral, aber wir werden kein Industrieland mehr sein. Mit dem von Ihnen eingeschlagenen Weg werden wir klimaneutral durch Produktionsverlagerungen und Deindustrialisierung. Dann werden wir eben zum Freilichtmuseum. Viele in der Wirtschaft, in der Industrie und im Handwerk teilen diese Einschätzung.

Wir haben viel über die Gaskrise und die dortigen Herausforderungen angesichts der Preise diskutiert. Diese bestehen in der Tat. Die Wahrheit ist aber: Seit dem Jahr 2000 steigen in Deutschland durchgängig die Energiepreise für die Wirtschaft.

Wir waren weder in Deutschland noch in Nordrhein-Westfalen jemals Kostenführer im internationalen Wettbewerb. Wir waren fast immer teurer als die internationalen Wettbewerber. Wir waren allerdings Qualitätsführer. Wir waren innovativ und produktiv. Die Menschen waren fleißig.

Die Unternehmen können Kostennachteile bei Löhnen, Steuern und Abgaben aber nicht unendlich lange ausgleichen. Seit 15 Jahren haben nicht mehr so viele Unternehmen angegeben, den heimischen Markt in unserem Land aus Kostengründen zu ver-

lassen, wie heute. Eine aktuelle DIHK-Umfrage hat dies kürzlich noch mal bestätigt.

Große, energieintensive Unternehmen in Nordrhein-Westfalen – Evonik, Bayer, LANXESS – bestätigen in diesen Wochen und Monaten, dass sie vor Ort nur noch dort investieren, wo es zwingend sein muss, und sie ihre Zukunftsinvestitionen ansonsten an anderer Stelle tätigen.

Bernd Rürup hat am vergangenen Wochenende im Handelsblatt gesagt, Deutschland sei dabei, erneut der kranke Mann in Europa zu werden. Das muss uns alarmieren. Frau Ministerin, dazu hätte eine Wirtschaftsministerin im Industrieland Nummer eins heute auch mal etwas sagen müssen.

(Beifall von der FDP und Lena Teschlade [SPD])

Wer klimaneutral werden will, der braucht eine wettbewerbsfähige Industrie, wettbewerbsfähiges Gewerbe und Handwerk.

Ich persönlich glaube, dass in der Zukunft die Technologien, die uns klimaneutral machen, Kostenvorteile und ebenso Vorteile im weltweiten Wettbewerb bringen werden. Das wird uns in Zukunft helfen. Darüber gibt es mit wenigen Ausnahmen auch gar keinen politischen Dissens. Die Herausforderung ist aber, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Unternehmen diese Zukunft überhaupt erreichen können. Darum hat diese Transformation mit allen Facetten der Wirtschaftspolitik zu tun.

Natürlich geht es im Moment um das Thema „Fachkräfte“. Es ist noch gar nicht so lange her, als die Union in diesem Land noch gesagt hat: Kinder statt Inder. – Aktuell sagt die Union, Staatsbürgerschaft werde in diesem Land durch die Reformen der Ampel verramscht. Das ist eine gefährliche, um nicht zu sagen eine ignorante Haltung in einem Land, um das viele internationale Fachkräfte einen großen Bogen machen. Gut, dass die Ampel da vorangeht.

(Beifall von der FDP und Lena Teschlade [SPD])

Es geht auch um die Frage der steuerlichen Belastungen im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit. Die Belastungen für Unternehmen müssen sinken, damit sie die Kraft für diese Transformation haben.

Im OECD-Vergleich sind wir Hochsteuerland. Wir müssten mit neuen Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen für Forschung und Entwicklung gegensteuern. Zumindest darf es nicht zu neuen Belastungen kommen.

Der Kollege Heinisch hat vorhin das Thema „Planungssicherheit“ angesprochen. Bei der Frage nach den Belastungen ist doch das Gegenteil der Fall. Es wird unabhängig von den Ebenen diskutiert: über die grüne Gasumlage, Gewinnabschöpfungen, höhere Sozialabgaben, die bald kommen, PV-Pflicht und die Frage, wer sich das leisten soll.

Gerade in dieser Woche möchte die schwarz-grüne Landesregierung den Kies-Euro einführen, also Belastungen weiter erhöhen, anstatt keine neuen einzuführen. Das nimmt den Unternehmen Spielraum für die so wichtigen Investitionen in die Zukunft.

Frau Neubaur, hier ist Ihre Unterstützung für den Vorschlag von Herrn Habeck für einen Industriestrompreis hängen geblieben. Ich finde, dass das die verrückteste Idee ist. Für einige wenige energieintensive Unternehmen soll der Strompreis sinken, und bezahlen soll es der Handwerker von nebenan. Das ist doch keine vernünftige Industriepolitik. Sie haben die politischen Rahmenbedingungen so gesetzt, dass die Energiepreise in Deutschland seit dem Jahr 2000 steigen, und wollen den Menschen dann an anderer Stelle das Geld aus der Tasche ziehen, um damit die Folgen Ihrer eigenen Politik abzumildern.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Schlechte Politik machen und die Folgen mit Steuergeld ausgleichen – versuchen Sie es doch mit guter Politik, und setzen Sie die Rahmenbedingungen so, dass die Energiepreise wieder nachhaltig sinken können.

(Beifall von der FDP)

Die Verkehrsinfrastruktur gehört übrigens auch mit dazu. Es ist besonders interessant, dass die Bundesregierung in Berlin sich darauf einigt, bei besonders wichtigen Infrastrukturprojekten den Planungsturbo endlich einzulegen – das diskutieren wir nicht nur bei der Windkraft, sondern auch bei der Straßeninfrastruktur –, der Landesverkehrsminister, was die Planungsbeschleunigungen angeht, aber zum Jagen getragen werden muss. Erst nach viel Druck wurde hier beigestrichelt.

Wir reden bei der Infrastruktur auch über Pipelines. Der Ministerpräsident – darum hat er sich selbst gekümmert – ist in die Niederlande gefahren und hat Gespräche dazu geführt, wie man das anbinden könnte. Das sind wichtige Projekte mit unseren Beneluxpartnern. Das war im Oktober, Herr Wüst. Die Fotos habe ich gesehen, ich hab nur noch keine Ergebnisse gesehen. Was ist hier eigentlich passiert? Was tun Sie, um mittels solcher Projekte CO₂ abzugeben, CCS zu nutzen und Wasserstoff zurückzubekommen? Da passiert viel zu wenig.

Meine Damen und Herren, wenn man eine teure Energiewende bestellt, dann liefern zuverlässig Grüne und CDU – das gilt für Peter Altmaier und Robert Habeck, das gilt aber auch für Mona Neubaur und Ina Scharrenbach. Richtig ist: Bei allen Standortfaktoren müssen wir international wettbewerbsfähig sein und wettbewerbsfähiger werden, damit wir die Kraft für die anstehende Transformation haben.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das kann man an der einen oder anderen Stelle mit Fördergeldern tun, daraus besteht ja im Wesentlichen Ihr Klimaschutzpaket. Am Ende muss aber die Wirtschaft aus sich selbst heraus die Kraft haben, diese Investitionen zu stemmen, weil da und nicht bei der Genehmigungsbehörde für Förderanträge die besten Ideen entstehen. Darum: runter mit den Belastungen, beste Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Dazu müsste das Industrieland Nordrhein-Westfalen dringend etwas von der Wirtschaftsministerin hören. In den vergangenen zwölf Monaten war da leider Funkstille.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Höne. – Für die Grünen spricht ihre Fraktionsvorsitzende Frau Brems.

Wibke Brems¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! NRW wird Europas erste klimaneutrale Industrieregion. Das ist ein Projekt enormen Ausmaßes. Damit das gelingt, braucht es einen guten, durchdachten Plan, obwohl die Zeit so drängt.

Am vergangenen Wochenende gab es einen Bergsturz in den Tiroler Alpen, verursacht durch aufgetauten Permafrostboden. Weite Teile Nordrhein-Westfalens sind schon wieder so trocken, dass Pflanzen unter Trockenstress leiden. Die Temperatur der Meeresoberfläche im Nordatlantik erreichte bisher ungekannte Höhen, mehr als 35 % höher als bisherige Rekorde.

Das sind nur ein paar Nachrichten der vergangenen Tage, die alarmierende Hinweise auf die weiter fortschreitende Klimakatastrophe sind. Es ist also ein großes Projekt, und es bleibt wenig Zeit. Um das zu schaffen, braucht es politische Akteure, die bereit sind, alte Gräben zu überwinden. Es braucht viele gewissenhaft zusammengesetzte Bausteine, um das Projekt zum Gelingen zu bringen. Es braucht Stabilität, Sicherheit und gleichzeitig Mut, um die Herausforderung als Chance für positive Veränderungen anzunehmen.

All das liegt mit diesem Klimaschutzpaket vor – ein Paket, das rational die richtigen Stellschrauben anzieht und die richtigen Bausteine anpackt. Denn für ein stabiles Konstrukt braucht es mehr als eine Fassade, es braucht Handeln. Damit legt die Landesregierung das Fundament für ambitionierten Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Für das Projekt „klimaneutrale Industrieregion“ ist die klimaneutrale Stromversorgung entscheidend. Ob das der Elektrolyseur-Hersteller Enapter im Kreis Steinfurt oder Intel in Sachsen-Anhalt ist – Betriebe

siedeln sich dort an, wo sie sich günstig und vollständig mit erneuerbaren Energien versorgen können. Wind und Solarenergie sind also zentral für eine klimafreundliche, zukunftsfähige und wettbewerbsfähige Stromversorgung.

Der Baustein „Landesentwicklungsplanentwurf“ setzt die dringend notwendigen Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir in NRW setzen die Vorgaben des Bundes aus dem Wind-an-Land-Gesetz damit sieben Jahre früher als nötig um. Das Flächenpotenzial des Landesentwicklungsplans ermöglicht dann Platz für bis zu 3.000 Windenergieanlagen. Die Planungsregionen kennen dann ihre Potenziale und die Anforderungen, um im Rekordtempo umsetzen zu können. Im Übergang wird mit den Beschleunigungsflächen ein Potenzial von 450 Anlagen gesichert.

So schaffen wir Planungssicherheit für Kommunen und Investoren. Das ist es, was die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land brauchen. Das ist es, was wir ihnen mit diesem Vorhaben geben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Gesetzentwurf zur Abschaffung der pauschalen Mindestabstände ist ebenfalls ein wichtiger Baustein. Damit können bald wieder individuelle Lösungen für die Menschen, die Natur und den Ausbau der Windenergie gefunden werden. Ich freue mich wahnsinnig, dass diese Fesseln nun wieder gelöst werden.

(Beifall von den GRÜNEN und Thorsten Schick [CDU])

Liebe FDP, lieber Herr Höne, es reicht eben nicht, zu sagen, dass Sie sich zu den Pariser Klimaschutzzielen bekennen würden, wenn Sie gleichzeitig weiter bremsen und blockieren, wo Sie nur können. Zum Glück ist das in NRW gerade nicht mehr möglich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist kein Geheimnis, dass wir Grüne uns diesen Schritt früher hätten vorstellen können, früher gewünscht hätten. Aber manche Entscheidungen kann man eben nur Schritt für Schritt treffen, damit sie dann auch dauerhaft halten. Populistische Selbstbeschäftigung, wie wir sie heute von der SPD gehört haben, hilft dagegen kein bisschen weiter.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Unglaublich! – Weitere Zurufe)

Mit diesen Bausteinen kommen wir unserem Ziel, bis 2027 1.000 neue Windräder zu bauen, bedeutend näher. Bei alledem haben wir gleichzeitig die Akzeptanz im Blick – und die ist gerade groß.

Mehr als 80 % der Deutschen halten den Ausbau der Windenergie für wichtig oder sehr wichtig. Auch in

unmittelbarer Nachbarschaft von Windenergieanlagen ist die Zustimmung immer noch groß, auch wenn das einige hier im Haus nicht immer wahrhaben wollen.

Es ist unsere Verantwortung als Demokrat*innen, auf allen Ebenen, ob hier im Haus, vor Ort, in den Wahlkreisen, in den Kommunen, permanent daran zu arbeiten, dass diese Akzeptanz erhalten bleibt. Wir hören den Menschen zu, wir nehmen ihre Sorgen ernst und wir geben Ihnen die Möglichkeit der Beteiligung.

Diese Beteiligungsmöglichkeiten sind vielfältig, ob das eine Mitsprache ist, eine finanzielle Beteiligung, günstiger Strom vom Windpark nebenan, Wertschöpfung vor Ort oder finanzielle Unterstützung von Vereinen und Stadtgesellschaft. Diese Beteiligungsformen haben eines gemeinsam: Mit den Menschen im Blick werden Wirtschaft und Natur miteinander vereint.

Diese Art der Beteiligung war im fossilen Zeitalter nicht möglich. Wir sind glücklicherweise auf dem Weg heraus. Wir können die Menschen auf den Weg mitnehmen, anstatt ihnen Kraftwerke in den Vorgärten zu setzen oder ihre Heimat abzubaggern. Echte Beteiligung ist also nur mit erneuerbaren Energien möglich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch nur mit erneuerbaren Energien können dauerhaft bezahlbare Energiepreise gesichert werden. Gedämmte Wohnungen mit effizienten Heizungen sorgen dafür, dass sich alle weiter warme Wohnungen leisten können. Übrigens treffen die Auswirkungen des Klimawandels insbesondere Menschen mit geringem Einkommen.

Also, liebe SPD: Obwohl nicht überall „sozial“ drinsteht, sind Energiewende und Klimaschutzpaket trotzdem sozial.

(Beifall von den GRÜNEN)

Neben der Windenergie ist die Solarenergie ebenfalls eine wichtige Säule für die Energiewende. Der Entwurf des Landesentwicklungsplans eröffnet auch für die Solarenergie neue Möglichkeiten. Der Fokus liegt dabei auf bereits genutzten Flächen und auf der Doppelnutzung, also Dächer, entlang von Autobahnen und Schienen sowie Agri-Photovoltaik.

Wir brauchen für die erneuerbaren Energien pragmatische Lösungen, die schnell umgesetzt werden können. Genau das bieten wir.

Ich möchte an dieser Stelle gerne noch einmal kurz auf die Landesbauordnung zu sprechen kommen, auch wenn sie morgen noch auf der Tagesordnung steht. Auch dieser neue Entwurf zeigt, wie ernsthaft die gesamte Landesregierung die aktuellen Herausforderungen angeht, sei es beim nachhaltigen Bauen oder bei Abständen von Photovoltaikanlagen oder bei Wärmepumpen. Wir verhelpen damit allen

Gebäudebesitzenden Schritt für Schritt zu günstigem und sauberem Strom; denn mit dieser Landesbauordnung kommt auf jedes Dach Solar – endlich!

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Baustein „Klimaschutzgesetz“ folgt als Nächstes. Vor zwölf Jahren startete die damalige Landesregierung das erste Verfahren zur Einführung des NRW-Klimaschutzgesetzes. Ich erinnere mich noch gut an die hitzigen Debatten, die wir damals hier geführt haben, obwohl die Ziele gar nicht so ambitioniert waren, wie sie es heute sind und im künftigen Klimaschutzgesetz auch sein werden. Keine der Unkenrufe von Deindustrialisierung, die wir sogar heute wieder von der SPD gehört haben,

(Sven Wolf [SPD]: Das sind keine Unkenrufe! Das ist ernste Sorge!)

oder die Prophezeiung, dass es sich um den Sargnagel der NRW-Wirtschaft handelt, sind eingetreten. Nichts davon ist eingetreten. Spätestens jetzt müsste doch allen klar sein: Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Dann gelingt auch der Umbau zur klimaneutralen Wirtschaft. Wer aber an alten oder ineffizienten Technologien festhält, der ist der Sargnagel für die NRW-Wirtschaft und sorgt für Deindustrialisierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Anhebung des Klimaschutzziels für das Jahr 2030, dass erneuerbare Energien im überragenden öffentlichen Interesse sind und der öffentlichen Sicherheit dienen, die Ausrichtung der Landesfinanzen an den Klimaschutzzielen und die kommunale Wärmeplanung sind nur ein paar der wichtigen Aspekte, die diese Landesregierung mit dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzpaket entschieden vorantreiben wird.

Wir werden ambitioniert bleiben; denn die Zeit drängt. So können wir die Herausforderungen gestalten – für die Menschen, die Unternehmen und die Natur in Nordrhein-Westfalen.

Aus Bausteinen wird ein Projekt, aus Ankündigungen wird ein Handeln, aus Plänen wird heute Wirklichkeit. Das ist erst der Anfang. Wir machen weiter.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierung will, dass alle Abstandsregeln für Windindustrieanlagen wegkommen und dass die Windindustrieanlagen, 250 m hoch, immer näher an die Häuser der Bürger heranrücken.

Was das heißt, wissen seit letzter Woche die Bürger im kleinen Ort Houverath, einem Vorort von Erkelenz. Drei Windindustrieanlagen, 220 m hoch, stehen dort bereits, wenige Hundert Meter von diesen Häusern entfernt. Jetzt soll eine vierte Anlage dorthin. Die Einfamilienhäuser der Anwohner stehen nur knapp 600 m davon entfernt – von einer 220 m hohen Monstieranlage. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren!

(Beifall von der AfD)

Selbst diese Abstände von nicht einmal 600 m sind der klimapolitischen Einheitspartei Deutschlands, also SPD, Grüne, CDU und FDP, noch zu viel. Sie wollen alles streichen. Die Ampelparteien haben die Abstände auf Bundesebene bereits weggenommen. Jetzt will die grüne CDU hier im Land nachziehen. Abstand: 0 m von der Windkonzentrationsfläche.

Passen Sie auf, was Windkonzentrationsfläche künftig heißt. Die Landesregierung hat das im Landesentwicklungsplan als sogenannte Rotoraußenfläche definiert. Das heißt, nur der Mast muss innerhalb der Flächen stehen, die Rotoren – in Erkelenz immerhin mit einem Durchmesser von 140 m – können auch außerhalb dieser Flächen schlagen und schlagen.

Insbesondere die Kollegen hier, die auf dem Land wohnen: Schauen Sie sich jetzt gut um. Ihre Kollegen wollen unsere Landbevölkerung in NRW für die Windindustrieanlagen opfern. Es sind Ihre Kollegen hier, die in NRW verbrannte Erde hinterlassen wollen: Keine Abstände und bereits im Jahr 2025 sollen mehr als 61.000 ha an Flächen für Windindustrieanlagen freigegeben werden. Und was einmal freigegeben worden ist, gilt für die Windlobby als juristisch gesetzt.

Auch bei einer Abwahl von Grünen und CDU sind die Genehmigungen bereits erteilt. Man kann dann zwar noch den Bau mit einer neuen Regierung stoppen, aber dann sind alle Projektierer zu entschädigen.

Das Projekt „Verbrannte Erde“ kennt man aus dem Mittelalter. Da haben Kriegsherren die Felder verbrannt, damit die Bevölkerung verhungert.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Und genau diese Methode, lieber Kollege, findet sich in den Konzepten der Landesregierung wieder: Äcker, die nicht mehr für den Nahrungsmittelanbau genutzt werden können, Wälder, die nicht mehr als lokale Lunge der Region genutzt werden können. Denn diese Äcker, diese Wälder werden demnächst für die Industrieanlagen der Windlobby geopfert.

Nach dem Angriff der KED, also der Klimapolitischen Einheitspartei Deutschlands, auf die Eigenheimbesitzer über den Heizungshammer folgt jetzt der Angriff der Klimapolitischen Einheitspartei Deutschlands über Tausende Windindustrieanlagen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wissen Sie eigentlich, Herr Kollege, was diese mehr als 61.000 ha für Windindustrieanlagen bedeuten? Ist das viel? Ist das wenig? Und was bekommen wir dafür an Strommenge? Machen wir doch mal einen Vergleich.

Das Land NRW will mehr als 61.000 ha Fläche für diese Monsteranlagen opfern, um dort bis 2030 12 GW an Leistung zu installieren. Sie können bei 1.800 Volllaststunden 21,6 Terrawattstunden pro Jahr produzieren. Das hört sich viel an!

In Lingen steht das Kernkraftwerk Emsland. Es hat eine Leistung von 1,4 GW. Damit können bei 8.000 Volllaststunden 10,8 Terrawattstunden produziert werden. Das ist die Hälfte aller Windindustrieanlagen in NRW zusammen – übrigens der, die erst 2030 stehen sollen, nicht der, die schon da sind. Wissen Sie, wie groß die Betriebsfläche für das Kernkraftwerk in Lingen ist? Sie beträgt nicht 60.000 ha, sondern 60 ha, meine Damen und Herren! 60 ha!

Das heißt: Sie, Frau Neubaur, und Ihre Kollegen aus der Klimapolitischen Einheitspartei Deutschlands verschandeln hier mehr als 61.000 ha Land mit Ihren Windkraftmonstern, anstatt einfach nur zwei Kernkraftwerke zu bauen.

Das zeigt, wie wenig Ihnen wirklich an einer CO₂-neutralen Stromerzeugung liegt. Es geht einzig darum, die Freunde aus der Windlobby mit Aufträgen zu versorgen. Es geht darum, Studienabbrecher – das ist Ihre neue Jugend, die Sie mit entsprechender Bildung heranziehen wollen – mit Posten als Klimahüpfen, Klimabotschafter und anderem Tinnel zu versorgen.

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich schlimmer: von Dummen oder von Fanatikern regiert zu werden? Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen: Es ist viel schlimmer, von dummen Fanatikern regiert zu werden.

(Beifall von der AfD)

Kommen wir zur Landesregierung NRW. Frau Neubaur hat bestimmt diese sogenannte Energiewende auf ein Fundament handfester Daten aufgebaut, oder? Deshalb weiß eine solche Landesregierung, also eine Frau Neubaur, bestimmt, wie viel Sand und Kies, also Beton, man für ein normales Windrad benötigt.

Ich muss Sie da leider enttäuschen: Wir haben die Landesregierung gefragt, doch die Landesregierung, in persona Mona Neubaur – hören Sie da ruhig zu –, weiß es schlicht nicht.

Nun gut, für diese erzwungene Energiewende braucht man auch Autobahnbrücken, über welche die riesigen Lkw fahren sollen, um die Windräder zu bringen. Deshalb wollten wir von der Landesregierung wissen, wie viel Sand und Kies, also Beton, man zum Beispiel für eine Rahmedetalbrücke braucht. Ihr

Kollege sitzt ja nebenan. Der müsste das sicherlich wissen.

Doch ich muss Sie da leider enttäuschen: Die Landesregierung in persona Mona Neubaur weiß es schlicht nicht. Wir reden hier über eine Landesregierung, die den Abbau von Sand plant ...

(Zuruf)

– Sie weiß es nicht. Wir haben das gefragt, Herr Kollege. Die Antwort war: Sie wissen es nicht. Wir reden hier über eine Landesregierung, die plant, den Abbau von Sand und Kies in NRW zu reduzieren, die aber nicht mal weiß, wie viel Sand und Kies die Landesregierung für die staatlichen Bauprojekte Windindustrieanlagen und Brücken braucht.

Aber es geht noch weiter, Herr Kollege. Wir haben die Landesregierung gefragt, wie viel Fläche denn durch eine Windindustrieanlage verbraucht wird. Sie ahnen es: Frau Mona Neubaur weiß es schlicht nicht; sie kann die Frage nicht beantworten. Diese Frau gibt der Windindustrie tatsächlich mehr als 61.000 ha an Fläche, obwohl sie nicht mal weiß, wie viel Fläche eine einzige Windindustrieanlage braucht! Ich sage es Ihnen: Das Schlimmste sind dumme Fanatiker!

(Beifall von der AfD)

Die Landesregierung hat es ja gezeigt:

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Herr Kollege, Sie können die Fragen und Antworten alle nachlesen! Die Landesregierung ist völlig ahnungslos, was das betrifft. Sie konnte keiner dieser Fragen beantworten.

Auch wenn die Landesregierung anscheinend völlig ahnungslos ist, was die technischen Grundlagen betrifft, so hindert sie das nicht daran, unser Land zu zerstören. Dabei geht es nicht nur um die schleichende Abwanderung unserer Industrie aufgrund der hohen Strompreise. Es geht nicht nur um den Wegfall der Arbeitsplätze in diesen Betrieben, nein, es geht in diesem Fall auch um unsere Bürger, die in der Nähe von diesen Windindustrieanlagen leben müssen.

Denn die Belastung dieser Menschen ist groß; die Fakten dazu liegen auf dem Tisch: Infraschall und Schlagschatten mit dem bekannten Discoeffekt werden die Gesundheit der Bürger ruinieren. Daneben gibt es dann noch die optische Bedrängung der Bürger durch immer näher kommende Windkraftanlagen von gut 250 m Höhe. Und so hat das RWI – Leibniz-Institut ...

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Herr Kollege, Sie wohnen wahrscheinlich in der Stadt. Sie waren noch nie in der Nähe und haben dort gewohnt. So hat das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung ermittelt ... Gehen Sie mal zu den Bewohnern in Erkelenz, in Houverath, und hören Sie,

was die 600 m von der Windkraftanlage entfernt sagen.

So hat das RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung ermittelt, dass Immobilien, die weniger als 1.000 m von Windindustrieanlagen entfernt stehen, einen Wertverlust von 23 % erleiden. Das ist übrigens ein Institut, das Gelder von der Landesregierung bekommt, also kein Institut, das der AfD nahesteht. Dieses Institut hat diese Zahlen ermittelt. Und in Houverath stehen die Anlagen nicht mal 600 m entfernt. Das bedeutet in einigen Fällen den Totalverlust für diese Eigentümer. Das heißt, die Eigentümer sind schon beteiligt an der Energiewende, nämlich mit dem Verlust ihrer Heimat.

Klar, wir wissen, dass viele hier Infraschall leugnen. Aber warum wollen die Bürger denn lieber keine Häuser in der Nähe der Windindustrieanlagen kaufen, wenn das alles so harmlos ist?

Und was passiert eigentlich bei einem Brand? Im Kreis Paderborn flogen bei einem Unfall am 8. März 2018 die Teile über 800 m weit. Ein über 800 m großer Umkreis war dort mit unzähligen Glasfaserpartikeln kontaminiert. Die damalige Windindustrieanlage vom deutschen Hersteller Enercon war 200 m hoch – die heutigen sind sogar noch höher.

Nun werden in Erkelenz schon Windindustrieanlagen gebaut, die weniger als 600 m an die Wohnbebauung herankommen, also schon in unmittelbarer Reichweite eines brennenden Windrads.

Die grüne CDU geht noch weiter: Sie will sämtliche Abstandsregeln streichen. Diese Klimapolitik der Landesregierung und der Klimapolitischen Einheitspartei Deutschlands ist eine Politik gegen unsere Bürger. Dagegen müssen wir uns mit allen parlamentarischen Mitteln zur Wehr setzen. Wir als AfD sind bereit, für unsere Bürger zu kämpfen. Denn wir stehen für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke sehr, Herr Abgeordneter Loose. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Stinka.

André Stinka^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich beginne, möchte ich mit Johannes Rau den Tag eröffnen. Johannes Rau hat gesagt: Derjenige, der mit einem Finger auf andere zeigt, bei dem zeigen vier Finger auf sich selbst zurück. – Herr Loose, das war heute wieder eine Rede! Wie Sie diesen unparlamentarischen Ausdruck von Fanatikern benutzt haben! Ich schäme mich dafür, dass Sie hier im Parlament sitzen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Vorhin ist seitens der regierungstragenden Fraktionen von einem Rennrad gesprochen worden, auf dem man jetzt sitzt. Das Problem bei den regierungstragenden Fraktionen ist, dass sie nur auf den Lenker schauen. Sie haben gar keine Pedale, mit der Sie den LEP nach vorne bringen können. Sie haben gar keine Pedale, mit der Sie Kraft auf die Räder bringen können. Das hat Ihnen mein Fraktionsvorsitzender unter die Nase gerieben. Deswegen ist das Bild von diesem Lenker so super: Immer schön Glanz, viel Fassade, aber nix da-ächter, wie man bei uns im Münsterland sagt. Das ist bei Ihnen dahinter.

(Beifall von der SPD)

Schauen wir uns den Plan mal im Detail an. Wir haben vergangene Woche im Wirtschaftsausschuss diesen wunderbaren LEP einen Tag vorher eine halbe Stunde lang in der Obleuterunde besprochen. Dann spricht die Ministerin hier von breiter und auch kommunaler Beteiligung. Natürlich müssen die Kommunen beteiligt werden, aber dann in einer ordentlichen Art und Weise. Denn wir alle hier wissen, wie lange LEP-Diskussionen brauchen. Wir alle wissen, dass wir diejenigen überzeugen müssen, die Windkraft ausbauen wollen. Mit diesem Umgang mit den Kommunen ist es aber nicht getan. So stellt man keine breite Akzeptanz her.

(Beifall von der SPD)

Über die SPD-Fraktion – da bin ich ziemlich enttäuscht, Frau Brems – sagen Sie, wir hätten populistische Selbstbeschäftigung betrieben. Ich wäre in diesen Zeiten mit dem Begriff „Populismus“ sehr vorsichtig, Frau Brems.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen möchte ich deutlich machen: Als wir damals den Gesetzentwurf eingebracht haben, hatten wir den LEE an unserer Seite. Das ist keine Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie. Er hat deutlich gemacht, dass bei dem, was Sie im Koalitionsvertrag geschrieben haben – nämlich Versorgungssicherheit in Krisenzeiten zu gewährleisten – sechs Monate verplempert wurden; beim Ausbau von Erneuerbaren, bei der Preissenkung. Das wissen Sie sehr genau. Deswegen finde ich diese Äußerung heute Morgen unangemessen und schlecht.

(Beifall von der SPD)

Insgesamt möchte ich deutlich machen, dass die SPD-Fraktion mehr darauf setzt, die Kommunen einzubinden und den Blick mehr auf die Industrie und auf konzentrierte Maßnahmen zu richten – nicht auf Vorlagen, die wir gestern Nacht bekommen haben.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, die Redezeit.

André Stinka* (SPD): Wenn das so ein großer Wurf ist, dann war das heute ein Fehlwurf – wir hatten gestern die Bundesjugendspiele. Das war nix.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. –Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Schruppf.

Fabian Schruppf (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem bunten Potpourri muss man sich erst einmal sammeln.

Wir halten nach der Debatte jedenfalls fest: Von dem Wind, den Sie, Herr Kollege Stinka, und die Opposition insgesamt hier machen, dreht sich kein einziges Windrad. Wenn die SPD jetzt die Backen aufbläst und ein Höher-Schneller-Weiter oder ein heftiges Indie-Pedale-Treten fordert, die FDP das Ganze beklatscht, sich aber im selben Atemzug für das Beibehalten von Restriktionen ausspricht, dann macht das deutlich: Dieser Weg, den Sie als Opposition gehen wollen, wird uns ganz sicher nicht zum Ziel führen.

(Beifall von der CDU)

Dabei sollten Sie es doch besser wissen. Der Blick nach Berlin macht deutlich, was passiert, wenn man die Akzeptanz von Vorhaben außer Acht lässt und ambivalentes Verhalten wie zum Beispiel die hervorragende Oppositionsarbeit der FDP in der Regierung zur Regierungsmaxime erklärt. So gewinnen Sie die Akzeptanz der Menschen in keinem Fall.

Wir gehen in Nordrhein-Westfalen einen anderen Weg. Wir verbinden Ambition und Akzeptanz. Das ist auch der Weg, wie wir gesellschaftliche Mehrheiten auch für gesellschaftlich kontroverse Themen organisieren werden.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Lieber Henning Höne, ja, ich verstehe es, dass der Blick nach Berlin immer – auch für dich an der Stelle – mit erheblichen Schmerzen verbunden ist.

(Christof Rasche [FDP]: Quatsch! – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Dennoch ist mir klar: Du bist ein Politiker, der Fakten grundsätzlich durchaus nicht außer Acht lässt. So habe ich dich zumindest kennengelernt. Deshalb kann ich dir nicht ersparen, dass die FDP in Berlin das sogenannte Wind-an-Land-Gesetz mitbeschlossen hat. Eben dieses Wind-an-Land-Gesetz sorgt doch gerade dafür, dass in Windenergiegebieten

keine landesrechtlichen Flächenabstände mehr gelten dürfen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Also: Auf der einen Seite in Berlin die Voraussetzungen dafür zu schaffen und dann hier zu kritisieren, dass diese Abstände nicht mehr gelten, das ist nur noch wohlfeil.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Jedenfalls beinhaltet das Wind-an-Land-Gesetz Flächenziele für das Jahr 2032, die wir übrigens in Nordrhein-Westfalen bereits 2025 erreichen werden. Es regelt aber eben auch, dass landesrechtliche Mindestabstände in sogenannten Windenergiegebieten nicht gelten.

Unser Landesentwicklungsplanentwurf sieht im ersten Schritt ein Steuerungsinstrument vor, das den Ausbau von Windenergieanlagen auf insgesamt 9.000 ha Landesfläche forciert. Hinzu kommt die finanzielle Partizipation unserer Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen als weiteres die Akzeptanz steigerndes Mittel. Damit sind dann auch die Voraussetzungen geschaffen, dass wir landesrechtliche Abstandsregelungen an der Stelle nicht mehr brauchen, weil das Ziel auf anderem konstruktiven Wege erreicht ist.

Liebe FDP, in Berlin von Freiheitsenergien zu schwadronieren, sich hier aber an überholte gesetzliche Beschränkungen zu klammern: Es muss einem erst einmal gelingen, das unter dem Begriff „liberal“ zu subsumieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Ausbau der erneuerbaren Energien spielt die Windenergie natürlich eine ganz zentrale Rolle. Doch wir nehmen nicht nur die Windenergie, sondern auch die Solarenergie in den Blick, indem wir die Flächenkulisse für Photovoltaikfreiflächenanlagen erweitern. So sollen für raumbedeutsame Freiflächensolarenergieanlagen vorzugsweise geeignete Brachflächen, geeignete Halden und Deponien, geeignete Flächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten, künstliche und erheblich veränderte Oberflächengewässer oder Windenergiebereiche – sofern dies mit der Vorrangfunktion dieser Bereiche vereinbar ist – genutzt werden.

Des Weiteren sollen vorzugsweise Flächen bis zu einer Entfernung von 500 m von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und überregionalen Schienenwegen hinzukommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und FDP, breite Mehrheiten bringen immer einen Mehrwert. Daher appelliere ich hier an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zur Klimaneutralität gehen und mit dem vorliegenden

Entwurf des Landesentwicklungsplans und dem Gesetzentwurf auf diesem Weg einen ganz großen Schritt vorankommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Schrumpf. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Röls-Leitmann

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! So, wie einige eben hier im Sechseck gesprungen sind, scheint es ein ganz guter Tag für die erneuerbaren Energien zu sein.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich glaube, das Paket, um das es hier geht, ist gewaltig. Mit dem Entwurf zum Landesentwicklungsplan wird dieses Hemmnis der mangelnden Flächenverfügbarkeit für Windenergie und für die Freiflächensolarenergie endlich substanziell angegangen. Mit der Abschaffung der pauschalen 1.000-Meter-Grenze werden planungsrechtliche Fesseln gelöst, die ganz konkret – da habe ich schon viele Signale aus dem Land gehört – schon kurzfristig dazu führen, dass da, wo Windparks entwickelt werden, ein oder zwei zusätzliche Anlagen dazukommen können, dass in der bestehenden Planung aufgesattelt werden kann und man ganz kurzfristig auch zusätzlichen grünen Strom im Netz haben wird. Das ist ein wirklich wichtiger Schritt.

Die Bauordnung entfesselt Solar-, Wind- und Wärmepumpenausbau in Nordrhein-Westfalen. Wir werden morgen darüber reden. Mit dem Klimaschutzgesetz soll ressortübergreifend der nötige ambitionierte Rahmen für den Klimaschutz gesetzt werden.

An so vielen Stellschrauben gleichzeitig packen wir gerade an. Vieles läuft auch schon. Ich glaube – eben wurde es in der Debatte schon gesagt –: So abgestimmt, ressortübergreifend und Hand in Hand für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für den Klimaschutz voranzugehen, kann sich wirklich sehen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dass es von der SPD so dargestellt wird, als sei die Bürgerenergie bislang ein Elitenprojekt, wundert mich schon. Bei mir in Dortmund gründet sich gerade eine Bürgerenergiegenossenschaft, und ein Anteil kostet 100 Euro. Es ist richtig, 100 Euro können sich nicht alle Menschen leisten, aber ein Elitenprojekt stelle ich mir irgendwie anders vor.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Stinka stellte es gerade so dar, dass die Beteiligung zum LEP-Entwurf über eine halbstündige Ob-leuterunde läuft. Das ist doch Unsinn. Die Beteiligung geht doch gerade erst los.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Eine Beteiligungsphase ist angekündigt worden, bis Mitte Juli, in der die Kommunen natürlich die Möglichkeit haben und davon auch Gebrauch machen werden, ihre Punkte einzubringen.

(André Stinka [SPD]: Fragen Sie mal bei der Bezirksregierung nach!)

Es hier so darzustellen, als würde der Entwurf durchgepeitscht, indem die Obleute einmal informiert werden, und dann wird der beschlossen, das entspricht einfach nicht den Tatsachen. Das finde ich wirklich nicht redlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mich nervt das, ehrlich gesagt, auch so ein bisschen,

(André Stinka [SPD]: Mich auch!)

– ja, das glaube ich –, dass gerade, Sie von der SPD das sagen, die Sie seit Jahrzehnten dafür gesorgt haben, als Sie politisch in Verantwortung waren, dass zum Beispiel die Solarindustrie in Deutschland niedergegangen ist – 100.000 Jobs sind weg –, oder dass die E-Mobilität jetzt komplett in China passiert und nicht in Deutschland, weil es SPD-Leute waren, die sich immer schützend vor den Verbrenner gestellt haben

(Beifall von den GRÜNEN – Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Wer hat Ihnen das denn erzählt?)

und Jahrzehnte gegen die Energiewende von unten gekämpft haben, um die Interessen von großen fossilen Energiekonzernen zu schützen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich ja, dass es jetzt anders ist. Ich freue mich, aber ein bisschen mehr Demut würde Ihnen gut zu Gesicht stehen in dieser Frage.

(Beifall von den GRÜNEN – André Stinka [SPD]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? – Weitere Zurufe von der SPD)

Zusammenfassend möchte ich sagen – das hat auch der LEE gesagt –: Was hier für die erneuerbaren Energien vorgelegt wird, ist wirklich ein wichtiges Paket, und damit entfesseln wir den Ausbau der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen. Das ist ambitioniert, das sichert Akzeptanz. Was hier teilweise in den Reden sonst so gesagt wurde, das hat mich fassungslos zurückgelassen, weil es wirklich mit dem, was gerade passiert, reichlich wenig zu tun hatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Röls-Leitmann. – Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Röls, wenn Sie nicht verstehen, dass die PV-Industrie in Deutschland kaputt ist, weil China mit seinem Kohlestrom viel billiger ist, dann disqualifizieren Sie sich hier eigentlich als Redner.

Frau Brems spricht vom Ende des fossilen Zeitalters, während China über 100 GW an Kohlekraftwerken bauen will und 368 neue Kohleminen zum Abbau von Kohle plant. Frau Brems, damit zeigen Sie, wie weltfremd Sie sind. Sie haben sich anscheinend völlig von der Realität verabschiedet.

Wie haben es eigentlich die Menschen aus dem Mittelalter in unsere neue industrielle Zeit geschafft?

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Ohne die AfD!)

Damals im Mittelalter waren die Menschen arm, hatten Hunger, keine warme Wohnung. Da ist man in den Wald gegangen, um Holz zu sammeln und es im Ofen zu verbrennen, um die Wohnung warmzuhalten. Da war es möglich, mit einer Energieeinheit, die der Mensch aufgewendet hat, drei Energieeinheiten Energie zu erhalten, die man dann im Ofen nutzen konnte. Diesen Faktor – 3 zu 1 damals – nennt man Erntefaktor.

Es war ziemlich beschwerlich, aber irgendwann haben die Menschen dann Kohle gefunden und sogar in den Minen abgebaut. Dort bekam man dann den zehnfachen Erntefaktor, das heißt, den zehnfachen Ertrag für eine aufgewendete Energieeinheit. Dann kamen Gaskraftwerke, Kohlekraftwerke, und der Erntefaktor stieg auf 30. Mit Kernkraftwerken stieg der Erntefaktor auf über 100.

Doch die Landesregierung stellt sich gegen die Kernkraftwerke, gegen die Kohlekraftwerke. Stattdessen will die Landesregierung nun Windindustrieanlagen bauen, die den gleichen Erntefaktor haben, wie es damals beim Sammeln des Holzes im Wald war, meine Damen und Herren: Erntefaktor 3.

(Simon Rock [GRÜNE]: Die YouTube-Universität lässt grüßen!)

Wer Methoden des Mittelalters als Zukunft präsentiert, bekommt am Ende das Mittelalter als Zukunft.

(Demonstratives Gähnen von der SPD)

Zum Glück wachen immer mehr Menschen auf und wenden sich von der klimapolitischen Einheitspartei Deutschlands, also von SPD, Grünen, CDU und FDP, ab.

Die Menschen erwarten eine Politik für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zur Unterrichtung durch die Landesregierung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/4567. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4567 an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend – sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer Enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

2 Kompetenzzentren Frau und Beruf – erhalten und weiterentwickeln

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4563

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Kollegin Wendland von der CDU-Fraktion das Wort.

Simone Wendland^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es um Frauenthemen geht, müssen wir Frauen hier im Plenum manchmal feststellen, dass der Aufmerksamkeitsgrad der Männer ausbaufähiger ist, als es zum Beispiel der Fall ist, wenn wir über Fußball reden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb will ich mit einer Fußballfrage anfangen: Wissen Sie, was der Fußball und das Bildungssystem in Deutschland gemeinsam haben? Die Männer werden das nicht gern hören, aber die Antwort ist: Frauen sind in beidem erfolgreicher als Männer.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dennoch verdienen Männer mehr als Frauen – sowohl im Fußball als auch sonst. Das hat viele Ursachen; wir haben hier schon oft darüber gesprochen.

Das liegt zum einen daran, dass Frauen generell schlechter bezahlt werden. Das ist eigentlich vor dem Hintergrund der besseren Bildungsabschlüsse merkwürdig, denn in akademischen Berufen sind Frauen trotz einer deutlich höheren Abiturientenquote unterrepräsentiert.